



05.11.2024

Antrag an das Österreichische Wirtschaftsparlament, Sitzung am 28.11.2024, betreffend

ENERGIEMASTERPLAN ÜBERARBEITEN – KLARHEIT FÜR UNTERNEHMEN UND KLIMA SCHAFFEN

Begründung:

Die sichere Versorgung mit (leistbarer) Energie ist für einen florierenden Wirtschaftsstandort unabdingbar. Die notwendige Dekarbonisierung des Energiesystems, aber auch die durch den russischen Angriffskrieg noch deutlich sichtbarer gewordene Achillesferse der Abhängigkeit von diktatorischen Regimen, machen einen langfristig angelegten, wissenschaftlich fundierten und alle Zielkonflikte betrachtenden Plan zur Sicherung der Energieversorgung unerlässlich. **Ebenso besteht die Notwendigkeit, für Unternehmen Planungssicherheit bzgl. der Energieträger zu schaffen, um sinnvoll langfristige Investitionen tätigen zu können.**

Die Wirtschaftskammer Österreich hat dieser Notwendigkeit mit der Beauftragung von Siegfried Nagl zur Erarbeitung eines solchen Plans Rechnung getragen. Der im Mitte Oktober geleakten Entwurf enthaltene Fahrplan ist aber weder dazu geeignet, die Abhängigkeiten von fossilen Energiequellen und damit von meist undemokratisch organisierten Förderländern anhaltend abzubauen, noch wird der notwendigen Emissionsreduktion zur Erreichung der Klimaziele auch nur annähernd ausreichend Platz eingeräumt. Hängen bleiben erneut politisch motivierte Schlagwörter wie „Technologieoffenheit“, „überbordende Bürokratie“, „aufwändige Informationspflichten“ sowie die quasireligiös wiederholte Hoffnung auf (Er)Lösung durch Technologietrugbilder (E-Fuels, Wasserstoff & CCS).

Auch das Zurückdrängen von Bürger:inneninitiativen und Umweltorganisationen im Bereich der Genehmigungsverfahren würde – unabhängig von potenziellen unionsrechtlichen Hürden – die demokratische Legitimation von Projektvorhaben



reduzieren und somit weder zur Beschleunigung, noch zur Akzeptanz von Projekten im Bereich der Energiewende beitragen.

Konkret braucht es beim Energiemasterplan Adaptionen in folgenden Punkten

Ausstieg aus fossilen Energieträgern

Im vorliegenden Plan fehlt ein konkreter Ausstiegspfad für fossile Energieträger. Statt diese durch steuerliche Begünstigung künstlich billig zu erhalten, braucht es eine Umschichtung der steuerlichen Belastung hin zu fossilen Energieträgern (um Kostenwahrheit herzustellen) und die Abschaffung von klimaschädlichen Subventionen. Dadurch kann der Deckel des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) gehoben und die flächendeckende Versorgung mit grüner Energie sichergestellt werden. Die Forschung zum Renewables-Pull Effekt zeigt, dass für Entscheidungsträger:innen großer Industrieunternehmen die langfristige Verfügbarkeit von erneuerbarer Energie zu den wichtigsten Standortfaktoren zählt¹.

Benennung der Klimaziele

Einem Energiemasterplan, der trotz wissenschaftlicher Einigkeit über die Auswirkungen des fossilen Energiesystems auf das Klima weder die nationalen, europäischen noch internationalen Klimaziele erwähnt, fehlt es an Glaubwürdigkeit. Es braucht die klare Benennung und das Bekenntnis zu den Klimazielen.

Die Kosten die uns bei Nichteinhaltung - ob über Strafzahlungen, Anpassungsmaßnahmen oder Katastrophen - drohen, gehen unterschiedlichsten Schätzung nach in die Milliarden². Statt diese Beträge „sinnlos“ auszugeben, soll jetzt vermehrt in Maßnahmen zur Energiewende und Klimaschutz investiert werden.

Technologieklarheit statt Technologietrugbildern

Unternehmen brauchen Technologieklarheit, keine durch Techniktrugbilder verschleierte Versuche, den Status Quo aufrechtzuerhalten. Wir brauchen Wasserstoff & E-Fuels dringend in der Industrie und in den schwer zu dekarbonisierenden Bereichen. Dem flächendeckenden Einsatz von Wasserstoffderivaten im Individualverkehr hat die Wissenschaft (aber auch der Markt) allerdings eine deutliche Absage erteilt. Ein

¹ <https://wupperinst.org/a/wi/a/s/ad/8256>

² <https://www.klimawandelanpassung.at/kwa-allgemein/kwa-folgen/kwa-coin>

UND JETZT:

GRÜNE WIRTSCHAFT



Energiemasterplan für die österreichische Wirtschaft muss das anerkennen und widerspiegeln.

Bürgerinitiativen und Umweltorganisationen

Die Energiewende wird nur dann gelingen, wenn sie von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen wird. Bürgerinitiativen und Umweltorganisationen sind im Bereich der Infrastruktur und deren Akzeptanz wichtige Partner:innen. Die im Entwurf des Energiemasterplans erwähnte Einschränkung der Beteiligungsmöglichkeiten ist, neben unionsrechtlichen Hürden, auch demokratiepolitisch abträglich. Statt demokratischer Beteiligung die Schuld an vermeintlich langen Verfahren zu geben, sollte der Energiemasterplan Druck auf die Landesregierungen ausüben, ihre Hausaufgaben zu machen und Zonierungspläne zu erarbeiten bzw. erweitern sowie die zuständigen Behörden mit mehr Ressourcen auszustatten.

Reduktion des Energieverbrauchs

Realistischerweise braucht es, um die vollständige Versorgung mit erneuerbaren Energien sicherzustellen, neben dem Ausbau der Energiequellen und Netzinfrastruktur auch einen Plan zur Reduktion des Energieverbrauchs. Konkrete Einsparungsziele fehlen im aktuellen Entwurf.

Gebäudebereich

Rund ein Drittel des Energiebedarfs in Österreich geht auf den Gebäudebereich zurück. Dieser ist im aktuellen Entwurf des Energiemasterplans mit keinem Wort erwähnt. Verstärkte Anstrengungen im Bereich der thermischen Sanierung und die rasche Umstellung der Heizungssysteme reduzieren den Energieverbrauch und kurbeln die Bauwirtschaft an.

Mobilität

Auch auf den Verkehrssektor entfällt rund ein Drittel des Energieverbrauchs. Die reine Substituierung der Antriebstechnologien wird den Energieverbrauch nicht im notwendigen Ausmaß reduzieren. Die im Energiemasterplan beschriebenen Maßnahmen im Verkehrssektor sollen auf dem Mobilitätsmasterplan 2030³ basieren und neben

³ https://www.bmk.gv.at/dam/jcr:6318aa6f-f02b-4eb0-9eb9-1ffabf369432/BMK_Mobilitaetsmasterplan2030_DE_UA.pdf

UND JETZT:

GRÜNE WIRTSCHAFT



technologischen Innovationen verstärkt auf Verkehrsvermeidung, Verkehrsverlagerung und Effizienzverbesserung bei den einzelnen Verkehrsträgern abzielen.

Die Fraktion der Grünen Wirtschaft stellt daher folgenden Antrag:

Ein zweckdienlicher Energiemasterplan muss einen Pfad zur Erreichung der Klimaziele enthalten, den Ausstieg aus fossilen Energieträgern vorsehen, notwendige Maßnahmen zur Reduktion des Energieverbrauchs und der Steigerung der Energieeffizienz im Verkehrs- und Gebäudebereich adressieren, Technologieklarheit statt Technologietrugbilder propagieren und demokratische Beteiligung durch Bürgerinitiativen und Umweltorganisationen hochhalten.

Das Wirtschaftsparlament fordert das Präsidium der Wirtschaftskammer Österreich auf, den Entwurf des Energiemasterplans dahingehend zu überarbeiten.

Für die Fraktion der Grünen Wirtschaft:

Sabine Jungwirth

Anja Haider-Wallner

Christine Seemann

Georg Kaltschmid

Hans Arsenovic

Markus Ertel

Rita Newman